

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und nach Feiertagen nur einmal.
 Abonnement: monatlich 2,50, vierteljährlich 7,50, halbjährlich 12,50, jährlich 24,00.
 Einzelnummern in den Filialen und bei den Straßenhändlern 10 A.
 Buchhandlung: Erbschafts-Verlagsanstalt, L. Stadl, Rehlendstr. 11.

Redaktion:
 Rehlendstr. 11, L. Stadl, Hamburg 36.
 Expedition:
 Rehlendstr. 11, Erbschafts-Verlagsanstalt.
 Verantwortlicher Redakteur: Karl Prerosten in Hamburg.

Anzeigen die neugegaltene Preistabelle oder deren Raum 90 4. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienangelegenheiten 80 4. Auswärtige Teuerungszuschlag von 20%. Anzeigenannahme: Rehlendstr. 11, Erbschafts-Verlagsanstalt (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 8 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Was und wann veröffentlicht wird, ist den Anzeigenkunden im rechnerischen Teil neben jeder Anzeige nachzulesen.

Kein Gemeinde- u. Stadtverordneten-Wähler darf heute der Wahlurne fernbleiben! Auf jede Stimme kommt es an! — Wählt nur die sozialdemokratische Liste!

Proletarische Gegenläufe in der Revolution.

Infolge des vollständigen Zusammenbruchs des Militarismus, der die Hauptstütze der alten reaktionären Klassenherrschaft war, hat sich die deutsche proletarische Revolution mit einem geradezu kaumwennig geringen Kraftaufwand vollzogen, und die eigentliche Umwälzung des Alten, Ueberlebten wurde mit verhältnismäßig geringen Menschenopfern durchgeführt. Die Widerstandskraft der alten Herrschermächte war mit dem Brechen ihrer Hauptstütze derart erschöpft, daß sie sich fast widerstandslos in das Unvermeidliche fügten. Was blieb ihnen auch übrig, nachdem die Matrosen- und Soldatengewehre, die bis dahin dem Schutz ihrer Herrschaft dienten, sich gegen sie gewehrt hatten?
 Damit war für Deutschland der Moment gekommen, da die Arbeiterklasse sich in den vollen Besitz zunächst der politischen Macht setzen und die Durchführung ihrer ökonomisch-sozialen und ihrer kulturellen Ziele in die Hand nehmen konnte. Alle politischen Voraussetzungen dafür waren gegeben, und die Entwicklung des deutschen Wirtschaftstreibens hat einen Höhepunkt erreicht, der einer vollständigen Sozialisierung als Grundlage dienen kann. Selbstverständlich nicht in überstürzter Hast, sondern schrittweise und planmäßig, da die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft auch nicht einen kurzen Moment beeinträchtigt werden darf, am wenigsten in einer Zeit bitterster Not, wo wir an allem Notwendigen Mangel leiden. Diese unerhörte Not zu besiegen, ist die erste und wichtigste Aufgabe, einzeln, mit welchen Mitteln es geschehen kann. Sie ist nicht überwinden, kann an eine durchgreifende Aenderung der Wirtschaftsorganisation nicht herangeführt werden. Inmitten des durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen Chaos ist eine grundlegende Neugestaltung unmöglich. Am gefährlichsten sind Einzelexperimente einer falsch verstandenen „Sozialisierung“, wie sie hier und da unter der Führung unklarer Köpfe, die weder von volkswirtschaftlicher Theorie, noch von der Praxis etwas verstehen, versucht worden sind. Sie können nur förmlich auf unser Wirtschaftstreiben wirken und beschwören die größten Gefahren herauf, weil sie die Produktivität der deutschen Arbeit herabzusetzen geeignet sind. Das kann unser Volk am wenigsten ertragen zu einem Zeitpunkt, wo es darauf ankommt, alle Kräfte anzuspannen, um möglichst schnell der ungeheuerlichen Not der Gegenwart Herr zu werden.
 Die Einsicht für diese Notwendigkeit ist zweifellos auch bei der Masse der deutschen Arbeiter vorhanden. Vor allem bei den gesunkenen Sozialdemokraten. Wäre es nicht so, dann müßte die deutsche Sozialdemokratie mit Trauer auf die Vergeblichkeit ihrer durch Jahrzehnte betriebenen Aufklärungsarbeit zurückblicken. Sie hätte dann zwar nicht pour le roi de prusse, aber — für Spartakus gearbeitet. Wenn es heute anders zu sein scheint, so findet das seine Erklärung in der Tatsache, daß der lange, opferreiche, Not erzeugende und die Menschen demoralisierende Krieg auch die Geister in Verwirrung gebracht und sie für Irrlehren und für Verheugung aller Art empfänglich gemacht hat.
 Darin liegt die Wurzel des Übels, das gegenwärtig wie eine Welle des Wahnsinns über Deutschland hinwegbraust und die Errungenschaften der Revolution zu gefährden droht. Die Gewaltpolitik der Spartakusleute, die teils erzwungenen „Generalstreiks“ sollen angeblich den Zweck haben, die Revolution weiterzutreiben. In Wahrheit bringen sie die Revolution nur in Gefahr und führen für unser ganzes Volk und für die Arbeiter in erster Linie die Aussicht auf eine Hungersnot herbei, die die fürchterlichsten Verzweiflungszustände zur Folge haben müßte. Vielleicht rechnen manche der führenden Elemente der Spartakusleute mit dieser unaussprechlichen Wirkung, wenn sie ihr wahnsinniges Treiben wie bisher fortsetzen, weil sie den Traum von der „Weltrevolution“ träumen, die das Heil für das Proletariat aller Länder bringen soll. Aber in der durch den Krieg schon zerrütteten Wirtschaft des alten Europas bedeutet die „Weltrevolution“ nur das vollständige Chaos, aus dem es sobald kein Erheben gibt. Auf einen Trümmerhaufen mit einer halberoberungen und durch den Hunger beklümmerten Bevölkerung kann man keine sozialistische Gesellschaft aufbauen. Der „Erfolg“ der „Weltrevolution“ wäre nichts anderes als die Verwirklichung aller sozialistischen Hoffnungen auf Generationen hinaus.
 Gaben wir aber in Deutschland es nötig, uns solchen löcherlichen Träumen hinzugeben? Hat nicht die in ihrem ersten Stadium glücklicherweise so wenig blutig verlaufene Revolution für die Arbeiterklasse die Tore weit geöffnet, durch die sie eingehen kann in das Reich einer lichteren Zukunft, die ihre Ideale zu erfüllen vermag? Warum müßten aus dieser aussichtsreichen Situation sich Zustände entwickeln, die nur zum Verderben unseres Volkes ausreichen können, wenn es nicht bald gelingt, der Verwirrung wieder Ordnung zu schaffen und die rasende Tollheit des Putschismus zu überwinden?
 Die Antwort auf diese Fragen beruht in einem tieftraurigen Kapitel der Revolutionsgeschichte. Es ergibt sich, daß die sich selbst für sehr radikal haltende Spartakusgruppe und in etwas abgemildertem Maße auch die Unabhängigen die aus früheren Revolutionen sich ergebenden Lehren nicht richtig anzuwenden verstehen und daß ihr falsch geleiteter Nachahmungstrieb sie auf verkehrte Wege gebracht hat. Einmal glauben sie, den russischen Bolschewismus als die revolutionäre Methode der Gegenwart kopieren zu müssen, ohne so viel Einsicht in den Zusammenhang der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu haben, um sich zu fragen, daß revolutionäre Kampfmethoden sich nicht beliebig von einem Lande in das andere übertragen lassen, daß vielmehr je nach der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung eines Volkes auch die

anzuwendenden Kampfmethoden andere sein müssen. In einem Lande, das schon eine Reihe von Stappen zur Demokratie durchlaufen hat, müssen sie naturgemäß andere sein, als in einem Lande, dessen Volk sich eben daran macht, den nackten Absolutismus abzuschütteln. Kein Volk wird verständigerweise zur Gewalt greifen, die es selbst am schwersten trifft, wenn es die Möglichkeit hat, auf friedlichem Wege seine Befreiung aus dem alten Joch durchzusetzen. Aber auch die wirtschaftlichen Verhältnisse machen in einem auf hoher Kulturstufe stehenden Volke die Anwendung gewalttätiger Kampfmethoden viel verhängnisvoller als in einem Lande, dessen Wirtschaftsstruktur, wie beispielsweise die Russlands, noch eine einfache und weniger empfindliche ist. Was in Rußland allenfalls ertragen werden kann, würde Deutschlands komplizierte Volkswirtschaft völlig zugrunde richten.
 Aber auch die Annahme, daß die gegenwärtige deutsche Revolution in gleicher Stufenfolge wie die französische Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts sich entwickeln und eine fortgeschrittene Radikalisierung erfahren müsse, als deren Treiber die Spartakisten sich selbst beizugehen fühlen, ist falsch. Sie beruht auf einer vollständigen Verkennung des anders gearteten Charakters unserer Revolution gegenüber der französischen. Die 130 Jahre, die seit dem Beginn der letzteren verstrichen sind, haben die politischen wie die wirtschaftlichen Verhältnisse aller modernen Kulturländer von Grund auf umgewälzt und damit ganz neue Voraussetzungen und Bedingungen für die Revolution geschaffen. Die französische Revolution von 1789 war (wie in Deutschland noch die 1848er) eine solche des Bürgerturns; die proletarischen Elemente, die in den eigentlichen Kampfaktionen mitwirkten, waren gewissermaßen nur Hilfspersonen. Der Sieg der Revolution brachte den bürgerlichen Interessen Befriedigung, während die proletarischen vernachlässigt wurden. Das entsetzte den Klassenkampf innerhalb der Revolution, der die noch nicht zur Selbstständigkeit gediehenen proletarischen Interessen in den Vordergrund zu drängen suchte. Dieser Kampf brachte auch zeitweilig die radikalsten Elemente an die Macht, aber nur für eine kurze Periode. Für ein proletarisches Regime war die wirtschaftliche Entwicklung am Ende des 18. Jahrhunderts noch nicht reif (ja selbst 1848 und 1871 zur Zeit der Pariser Kommune noch nicht); es mußte zusammenbrechen und ihm folgte die Gegenrevolution, die im Säbelregiment des ersten Napoleons und in der Rückkehr der Bourbonen endete.
 Ganz anders liegen gegenwärtig die Dinge in Deutschland. Unsere Revolution ist eine proletarische, eine sozialistische. Auch die Matrosen und Soldaten, die nach dem Zusammenbruch des Militarismus den unmittelbaren Stoß zum Umsturz der alten Herrschermächte führten, sind durchweg proletarische Elemente; an ihrem richtigen Klasseninstinkt schützten die Verheerung, den militärischen Bürgerkrieg zu entsehlen. Daraus ergeben sich für den Fortgang der Revolution besondere Konsequenzen, die in einem weiteren Artikel näher untersucht werden sollen.

Deutschlands innere Krise. Tolle Zustände in Leipzig. Anhaltende Verwirrung in Bayern. Berliner Zeitungen wegen Streiks nicht erschienen.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo“).
 Das „Berliner Tageblatt“, die „Vossische Zeitung“ und der „Lokalanzeiger“ sind heute nicht erschienen. Es wird in den Verleibern gestreift. Ob der Streik politischer oder wirtschaftlicher Natur ist, läßt sich augenblicklich noch nicht feststellen.
 Ueber die verzweifelte Lage in Leipzig meldet der „Vorwärts“ vom 1. März, daß die Streikbewegung ohne den Bürgerstreik ihre Bedeutung hätte erlangen können. Der Eisenbahnbetrieb ist stillgelegt, Handel und Verkehr ruhen vollständig, nur Post und Telephon funktionieren noch dürftig. Der Hauptbahnhof ist geschlossen. Auf einigen Linien fahren noch unregelmäßig ein paar Züge bis auf 15 Kilometer an Leipzig heran, von wo dann die Reisenden den Rest des Weges zu Fuß zurücklegen müssen. Sämtliche Zeitungen sind am Erscheinen verhindert, da auch in den Gas- und Elektrizitätswerken gestreikt wird. Nur die „Leipziger Volkszeitung“ erscheint, da sie von langer Hand her eine alte eigene Stromerzeugungsanlage rechtzeitig instand setzen ließ und sich die Personal nicht am Streik beteiligte. Die Ausgabe der Nahrungsmittelarten ist eingestellt, ebenso fast völlig der Nahrungsmittelverkehr. Von einer Zufuhr kleinste Rede mehr. Die Wäckerinnung wird auf ihre Mitglieder ein, das Brotboden zu unterlassen. Die Erwerbslosen sind ohne Unterstützung; aus den Krankenhäusern sind zahlreiche Kranke entlassen, neue Kranke werden von der Aufnahme vielfach zurückgewiesen. Die Apotheken sind geschlossen. Zahlreiche Bezirke verweigern, auch in schweren Fällen, Hilfeleistung. Die Angehörten der Christenkirche streiten, zum Teil auf der linksradikalen Seite, zum Teil auf der bürgerlichen. Angesichts der heute fälligen Krankengeldauszahlung an 7000 Arbeitsfähige ist jedoch die Arbeit aufgenommen worden, nachdem gestern der A. und S.-St. die Befreiung der Beamten durch stellungsgelose Pensionsgehältern angeordnet hatte. Ferner meldet der Berichterstatter des „Vorwärts“, daß der Leipziger A. und S.-St. schon seit Wochen Exzerzieren mit Kanonen und Maschinengewehren veranstaltet hat und neuerdings auch das Aussehen von Schützen-graben geübt werde. — Der „Freiheit“ meldet aus Leipzig, daß heute früh Verhandlungen zwischen Vertretern des Vorstands der Krankenkassen und Vertretern des A. und S.-St. stattfanden. Die Lebensmittelgeschäfte hätten alle wieder geöffnet. Die Milchzufuhr sei bisher genügend, die Zufuhr von Gemüse jedoch gering. Die Lebensmittelverteilung an die Arbeiterklasse soll direkt erfolgen.
 Auch in Schleibitz ist der Generalstreik ausgebrochen. Der

letzt liegt an der Grenze von Preußen und Sachsen. Die Eisenbahner haben sich dem Streik angeschlossen.

Erregte Demonstration in Leipzig.

In Leipzig kam es gestern zu erregten Demonstrationen der Arbeitslosen, weil ihnen Anmerkungen nicht ausgezahlt werden konnten. Sie erganzten die fortwährende Gefangennahme der Abgeordneten. Die Spannung in der Stadt ist auf das höchste gestiegen. Ununterbrochen fahren Autos mit bewaffneten Matrosen durch die Stadt. — In Sachsen sollen alle bisherigen Verhandlungen zwischen Streikenden und Reichsregierung ergebnislos verlaufen sein.

Schwere Exzesse in Eisenach.

W. Eisenach, 1. März. Der „Eisenacher Tagespost“ zufolge unternahm heute früh 2 Uhr etwa 70 Jüdischen und Soldaten einen Überfall auf die Kasernen, um den schlafenden Truppen die Gewehre wegzunehmen. Die Angehörigen konnten jedoch durch die hingeworfenen Soldaten wieder erschossen werden, drei Wärführer wurden festgenommen. Eine Stunde später unternahm bewaffnete Jüdischen unter Führung eines Postkutschers einen Überfall auf das Postgebäude, wo mit Rücksicht auf den Konatzenen große Bestellungen vermutet wurden. Die anwesenden Postbeamten wurden in ein Zimmer gedrängt und mit Schießwaffen bedroht, falls sie es wagen würden. Das 4. Bataillon veranlaßte die Angehörigen jedoch zur schleunigen Flucht. Das Schloßgebäude, in dem der hiesige Arbeiterrat tagt, wurde von den Mannschaften der hiesigen Regierungstruppen unter Bewachung genommen. Für Montag vormittag haben die hiesigen Arbeiter den Generalstreik beschlossen.

Regierungstruppen auf dem Marsch.

Einer Meldung aus Polda zufolge sind dort zahlreiche Regierungstruppen, Infanterie und Artillerie, in der Richtung auf Naumburg durchmarschierend. Die Blättermeldung, wonach der Bürgerstreik in Leipzig als gefährdet angesehen sei, und die Arbeit am Montag wieder aufgenommen werden würde, ist nach einer Mitteilung des Bürgerausschusses vollkommen unzutreffend. In eine Wiederaufnahme der Arbeit vor Beendigung des Generalstreiks der Arbeiter werde nicht gedacht.

Wilde Gerüchte aus Bayern.

München, 1. März. Der „Frankfurter Kurier“ meldet aus Augsburg: Infolge der heutigen unruhigen Lage, die in Bayern zur Anarchie hinführt, machen sich in Weiskirchen Wärführungsversuche von Bayern bemerkbar. Es fanden bereits Verhandlungen statt mit den württembergischen Streitkräften. Es wird an einen Anschlag Weiskirchen auf Würtemberg gedacht.

Der „Frankfurter Kurier“ meldet aus München: In den Straßen herrscht heute heftige Aufregung. Wilde Gerüchte gehen durch die Stadt. In allen Straßen sind Maueranschläge erschienen, unterzeichnet vom Mittelmächter, vom Stadtkommandanten sowie von den Reichssozialisten und den Generalstreikern, worin aufgerufen wird, Ruhe zu halten und die Straßen frei zu machen, da es notwendig sei, je endlich mit dem Zerreißen der Leinwand, Mühsam und Genossen, h. h. der Spartakus und Kommunisten zu brechen. Inzwischen sind auf Grund des neuen Antrags zur Lösung der Krise die Dinge zu. Von beiden Seiten wird ziemlich deutlich angelegt. Von der Automobil- und Kavallerie durchstreifen die Stadt.

Die neue bayerische Ministerliste

enthält folgende Namen: Präsident: Ammer; Justiz: Gendel; Gewerbe und Industrie: Simon; Finanzen: Jaffe; Sozialwesen: Unterleitner; Verkehrswesen: Frauendörfer; Landwirtschaft: Durr; Kultur: Kitzsch; Militärangelegenheiten: Schneppendorf; Justiz: Enders. Das Ministerium des Außenwerts als Staatssekretariat dem Präsidium unterstellt.

Blutige Zusammenstöße in München. Der Kampf wehrt sich.

Aus München wird gemeldet: Noch gestern abend wurde von den Kommunisten die Parade ausgerufen, heute in den Generalstreik zu treten und sich um 11 Uhr vormittags auf der Freiheitswiese zu einer friedlichen Demonstration zu versammeln. Heute waren von den großen Betrieben Münchens bewaffnete Soldaten aufgestellt, die den in die Fabriken gehenden Arbeitern den Eintritt verweigerten mit dem Hinweis darauf, daß heute nicht gearbeitet werde. Der Depotvorstand der Straßenbahn wurde verhaftet, doch heute der Betrieb zu ruhen habe, widrigenfalls er mit Gewalt stillgelegt werde. Das Gleisstrahlensystem und die Gasanlagen erhielten ähnliche Anordnungen. Schon gestern nachmittag besetzten Truppen das Zentralbureau des Sparverbandes und haben es aus. Heute morgen versammelten sich Arbeiter aller drei sozialistischen Organisationen auf der Freiheitswiese, als drei Kompanien der Schutztruppe angeordnet kamen. Diese drei Kompanien schlossen sich jedoch den Arbeitern an. Daraufhin kam die Kommandante, die gestern in den Landtag zur Verhaftung der Kommunisten eingedrungen war, und schloß auf die Menge 3 Mann blieben verletzt, 9 wurden teils schwer, teils leicht verletzt. Nach diesem Vorfall zerstreute sich die Menge, schickte sich aber wieder vor dem Landtagsgebäude, wo sie zur Stunde noch steht und förmlich einlagert.
 Die „Leipziger Allgemeine Jg.“ meldet aus München, daß der Stadtkommandant Durr eine Erklärung erlassen habe, wonach wegen der das ganze Land und seine Erhebung bedrohenden Gefahren der Kommunisten die Stadtkommandantur und das Polizeipräsidium im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Fraktion und den freien Gewerkschaften beschlossen hätten, die Kommunisten in ihrer nach Schluß des Abends zu verhaften. Die Truppen hätten sich nicht länger zurückziehen lassen und aus eigenem Antrieb schon gestern die Verhaftung verübt.

Widerprüchliche Meldungen aus Braunschweig.

Dem „Vorwärts“ wird unter dem 1. März aus Braunschweig gemeldet: Heute herrscht hier vollständige Ruhe. In den Betrieben finden Neuauflagen der Betriebsräte statt und diese werden um 5 Uhr über die gemeinsamen Beschlüsse berichtet. Bekanntlich ist die braunschweigische Regierung zu gleichen Teilen aus Unabhängigen und Reichssozialisten zusammengesetzt, die sich auf ein gemeinsames Aktionsprogramm geeinigt haben, das bei der Tagung des Landtags vorliegt. An den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, die die Regierung stützen und den Landtag bestätigen wollen, sind auch Unabhängige beteiligt. — Die Generalstreikaktion in Braunschweig hat bisher wenig Erfolg gehabt. Gestern wurde nur in einigen Betrieben gestreikt; im übrigen lehtete es die Arbeiterschaft ab, in den Ausnahmestunden. Auch die Bergarbeiter in den braunschweigischen Kohlenbezirken haben es auf einer in den

letzten Tagen abgehaltenen Konferenz abgelehnt, in den Generalstreik einzutreten.

Meldungen bürgerlicher Blätter zufolge soll die Stimmung in Braunschweig allerdings weniger ruhig sein. Auf dem Schloßplatz soll die Reichsherrschaft nach Münchener Muster ausgerufen worden sein und die fürzlich von den Reichssozialisten und den Unabhängigen gebildete Regierung nicht anerkannt werden.

Tiefste Stimmung in Weimar. Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, den 1. März 1919.
 Präsident Scheubach eröffnete nach 10 1/2 Uhr die Sitzung. — Abgeordneter Merges-Braunschweig hat sein Mandat niedergelegt.
 Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Wahlprüfungsausschusses, der erwidert werden soll, Beweiserhebungen in Wahlprüfungsangelegenheiten durch die Behörden vorzunehmen zu lassen.
 Der Antrag gelangt einstimmig zur Annahme.
 Es folgt die Beratung des von sämtlichen 37 weiblichen Mitgliedern der Nationalversammlung eingebrachten Antrages, der die sofortige Aufhebung der Hungerlockade und die Durchführung der deutschen Kriegsgefangenen fordert.
 Frau Neuhaus (3.): Der Krieg ist zu Ende, aber die Hungerlockade besteht weiter und löst unglückliche Menschenleben. Wir Frauen fordern, daß die Menschenliebe in ihre alten ewigen Rechte wieder eingeleitet werde. (Allseitiger Beifall).
 Der Antrag wird einstimmig angenommen.
 Präsident Scheubach spricht unter lebhaftem Beifall der Versammlung den Frauen für diese edle Tat den Dank aus.
 Zur Verhandlung gelangt hierauf eine von allen Parteien mit Zustimmung der Unabhängigen, eingebrachte Entschließung, welche die Wiedereröffnung Deutschlands in seine vollen politischen Rechte fordert.
 Auf Vorschlag des Präsidenten Scheubach wird um 1 Uhr die Weiterberatung auf 2 1/2 Uhr nachmittags verlegt.

Wegen Papiermangel können wir den ganzen Bericht der Vormittagsitzung, der sich mit Kolonialfragen beschäftigt, nicht bringen. Der Bericht der Nachmittagsitzung dagegen ist vollständig angefügt.

Um 4 1/2 Uhr werden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Dr. Korf (D.D.P.): Die heutige Verhandlung führt mich nicht auf Tatsachen, sondern auf Urteile. Ich frage, wo bleibt der Kampf um Arbeit, um die Kohlen herauszuholen. (Sehr viel Beifall). Dies ist und bleibt ein Ausnahmestadium gegen die Landwirtschaft. (Beifall rechts).

Dr. Heim (W.D.P.): Diese Verordnung vom 4. Februar 1919 ist ein gefährliches Agrarexperiment. Die alte Verordnung hätte vollkommen genügt. Wir werden auch in der Zukunft nicht über einen Anbauzustand hinwegkommen. Das Schlimmste aber ist die innere Sabotage, die die Landwirtschaft an der Arbeit hindert. Getreide liegt noch ungedroschen, Wärführer sitzen still, alles, was keine Kohle da ist. Die Leute streiken, weil man ihnen keine Brotkrumen aus der Sozialisierung macht. Sie sozialisieren in den Hunger. Wir haben noch für 9 bis 10 Wochen Lebensmittelmittel, dann werden die Hungernden von der Straße in die Häuser gehen und dann kommen die Wärführer aus dem Lande. Wir stehen in Wirklichkeit vor einem Abgrund. Die Situation ist so tragisch ernst, daß ich es nicht erheben kann, wie brauchen die Massen sich irrezuhlen lassen. Wäre es denn nicht möglich eine dieser Versammlung würdige Formel zu finden, um ohne Unterschied der Parteien vor dem ganzen Volke vorzulegen zu werden. Der Verteilungsplan im Innern löst sich mehr und mehr. Arbeiterorganisationen geben vielfach selbst den Anstoß zu Störungen in dieser Hinsicht. Alles, was das Frühjahr aus an Früchten bringen wird, kann nicht den Mangel an Brot erlösen.
 Braun-Ahlbeck (S.D.): Für schnelle und gründliche Prüfung bin ich auch ich. Aber deshalb brauchen wir den Kommunisten nicht noch eine Maßnahme besonders vorzuschreiben. Die von Herrn Korfide angeordnete Verordnung müßte, um wirksam zu sein, eine Verschärfung erfahren. Zu den Bauern- und Landarbeiterkreisen habe ich doch mehr Vertrauen als zu den Landräten oder den Assessoren, die vielfach früher die Entschädigung gegeben haben. Die Verordnung ist eine aus der Not der Zeit geborene Notverordnung. Jetzt ist keine Zeit zu experimentieren. Alles muß durchgeführt werden, um eine intensive Weidung zu ermöglichen. Es ist doch ein Unbilden, daß aus Kohlenmangel Getreide nicht ausgeföhren werden kann. Wenn die Vergleute nach Brot rufen und gleichzeitig die Arbeit niederlegen, so nehmen sie damit ihren Kindern das Brot vom Munde weg. Die Landwirtschaft bedarf der Stofflieferung, aber die Arbeiter legen die Stofflieferung still. Dann bekommen wir bloß die halbe Ernte und sind im nächsten Jahre noch viel abhängiger als jetzt.

Warm (D.D.P.): Die Bergarbeiter in den Braunschweigerwerken haben schon vor 14 Tagen die Einleitung der Betriebsräte als Beginn der Sozialisierung gefordert und gleichfalls erklärt, um einen Streit zu vermeiden, daß dieser aber in ihnen mühe, wenn die Forderung abgelehnt würde. Die Arbeiter wollen die Demokratie auch in den Betrieben, und die Betriebsräte sind das geeignete Mittel, um auf ruhiger, friedlicher Weise die Sozialisierung zu erreichen. Mit der alten Militärregelung dürfte man solcher Entwicklung nicht entgegenstehen. Die Arbeiter haben lange genug unter dem kapitalistischen Joch gelitten. Es wollen jetzt praktisch mitzuarbeiten und mitzubestimmen das Recht haben, und sie werden es sich nicht nehmen lassen.

Reichsarbeitsminister Bauer berichtet eingehend über die Verhandlungen die am 18. und 14. Februar in Weimar mit den Vertretern der Bergarbeiter des Ruhrgebietes, der sogenannten Reiner-Kommission, und den Vertretern des Bergarbeiterarbeitsrates Halle über die Frage der Betriebsräte stattgefunden haben. In diesen Verhandlungen war ein völliges Einverständnis erzielt worden, auch über die letzte Streitfrage, daß die getroffenen Vereinbarungen nicht sofort in Kraft treten sollen und können, doch sie vielmehr einstweilen als Richtlinien dienen sollen.
 Nach Abschluß der Verhandlungen sind die Vertreter der Reiner-Kommission in Essen in der Versammlung, in der sie Bericht erstatteten, für den Generalstreik eingetreten. Dieser wurde aber nur von Unabhängigen und Sozialisten beschlossen und kam deshalb nicht zur Durchführung. Aus Halle ging mir ein Telegramm zu, in dem der Bergarbeiterarbeitsrat die umgehende Zulassung verlangte, daß die getroffenen Vereinbarungen bis Sonntag, also vorigen Sonntag, Gesetzeskraft erhalten sollten. Als ich darauf antwortete, daß dieses nicht möglich sei, wurde am Sonntag der Generalstreik beschlossen. Er wurde, wie sich aus dem Verlauf der Dinge ergibt, nicht wegen dieser Differenzen beschlossen, sondern aus politischen Gründen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten). Nachdem dieselben Herren, die hier in Weimar mit mir diese Verhandlungen getrieben hatten, in ihrer Versammlung dort in einer Weise Bericht erstattet hatten, die in keiner Weise der Wahrheit entspricht. Die Ausführungen und Beschlüsse in den Versammlungen beweisen, daß leider